

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.07.2021

Inhalt

EWN

1 Atom-Endlager: Oberpfälzer sind wachsam <i>mittelbayerische.de, 06.07.2021</i>	3
--	---

Atom-Endlager: Oberpfälzer sind wachsam

Depot für 1900 Castoren: Kommunalpolitiker alarmiert Projekt, das große Folgen hätte und trotzdem schwer zu greifen ist. Von Christine Schröpf

Regensburg. Die Suche nach einem *atomaren* Endlager für Deutschland schreitet Stück für Stück voran - und obwohl der Spatenstich für das Projekt nicht absehbar ist, sind Oberpfälzer Politiker höchst wachsam: Ein Brief aller Oberbürgermeister und Landräte an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*), der auf neun Seiten detailliert Argumente gegen eine Deponie in der Region bündelt, ist an diesem Dienstag auch Thema im Umweltausschuss des Regensburger Stadtrats. Zwei Kommunalpolitiker warnen allerdings, sich in dieser heiklen Frage wegzuducken.

Ein FDP-Mann mahnt

„Bayern hat eine besondere Verantwortung, weil es besonders auf die Kernkraft gesetzt hat“, sagt der FDP-Politiker und Umweltexperte Horst Meierhofer. Die Endlagerfrage könne und dürfe nicht politisch entschieden werden, „sonst schiebt man das Problem nur wieder um eine Generation weiter“. Gelten lässt er allein fachliche Gegenargumente. Grünen-Stadträtin Anna Hoppe sieht das ähnlich. „Die Endlagersuche muss auf Grund von geologischen Fakten geschehen“, sagt sie.

Tatsächlich listet der Brief der Oberpfälzer OB und Landräte, der vom Juni datiert, eine Vielzahl von Ausschlussgründen auf. Zu den Unterzeichner zählten die Regensburger Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer (SPD), die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger (Freie Wähler) und der Chamener Landrat Franz Löffler (CSU). Parteiübergreifend herrscht Einigkeit: Kristallines Wirtsgestein sei in der Oberpfalz rar - und dort, wo es vorkomme, zu zerklüftet und wasserdurchlässig. Im Untergrund gebe es mehrere „Störungszonen“ - konkret etwa die „Böhmische Masse“, die in den vergangenen 300 Millionen Jahren mehrfach tektonisch aktiv gewesen sei. Die *BGE* müsse das Erdbebenpotenzial bedenken, auch wenn die gemessenen Ausschläge aktuell klein seien. Das erlaube aber keine Prognose, „wie sich die Stärke der Beben in den nächsten eine Million Jahren entwickeln könnten“. Gewarnt wird ebenso vor Gefahren des *Atom Mülls* für das Grundwasser und damit die Trinkwasserversorgung. Das Fazit der Kommunalpolitiker: Der kom-

plette Regierungsbezirk sei aus der weiteren Standort-suche auszuschließen.

Für den Regensburger SPD-Stadtrat Thomas Burger ist die Endlagerdebatte die Quittung für eine verfehlte Energiepolitik. „Ich bin seit Jahrzehnten erklärter *Atomkraftgegner*, weil man nie weiß, wo man mit den Abfällen hin soll“, sagt der studierte Physiker. In der Oberpfalz sei ihm jedenfalls kein Ort bekannt, an dem der Müll unproblematisch unter die Erde verfrachtet werden könne.

Die *BGE* sucht ein Wirtsgestein, in dem rund 1900 Castoren für mindestens eine Million Jahre sicher verwahrt werden können. Die nötige Untergrundformation muss mindestens 300 Meter tief und 100 Meter dick sein. Der Mindestflächenbedarf bei Salz beträgt drei Quadratkilometer, bei Kristallin - also etwa Granit oder Gneis - sechs Quadratkilometer und bei Ton zehn Quadratkilometer. Die Standort-suche hatte im vergangenen September Fahrt aufgenommen, als die *BGE* im ersten Aufschlag auf Basis geologischer Daten eine Liste mit bundesweit 90 potenziell geeigneter Standorten veröffentlichte. Die grobe Auswahl umfasste 54 Prozent der Fläche Deutschlands, weite Teile Bayerns - inklusive der gesamten Oberpfalz und Niederbayerns.

In zwei öffentlichen Beratungsterminen wurde seitdem digital über das Mammutprojekt diskutiert - ein weitere Runde ist für 6. und 7. August geplant. Im nächsten Verfahrensschritt soll die Liste der 90 auf etwa zehn besonders interessante Standorte eingedampft werden, die dann zunächst oberirdisch genau erkundet werden. Eine heikle Aufgabe. Wie die *BGE* am Montag bekanntgab, tüfelt sie ab sofort in vier so genannten „Gebieten zur Methodenentwicklung“ erst einmal an gerechten Maßstäben. Das „Teilgebiet 001_00“, das ein 4241 Quadratkilometer großes Areal in Bayern und Baden-Württemberg umfasst, sowie Bereiche des „Teilgebiets 009_00“, das auf 32 655 Quadratkilometern von Baden-Württemberg und Bayern bis nach Sachsen reicht, sind dabei im Blick. Vorsorglich stellt die *BGE* aber klar: Als Vorentscheidung sei das nicht zu verstehen. Wer wirklich auf der Liste bleibt, die in Phase 2 oberirdisch und in Phase 3 dann

auch noch unterirdisch untersucht werden, entscheidet der Bundestag.

Der Fahrplan

Aktuell stehen alle 90 Areale auf dem Prüfstand, die nach Einschätzung der **BGE** grundsätzlich geologisch geeignet sind. Dazu gibt es insgesamt auch drei öffentliche Anhörungstermine. Am Ende soll die Liste auf rund zehn Standorte reduziert sein. Das dürfte frühestens im Sommer 2023 der Fall sein. Die **BGE** startet in der verbliebenen Gebieten intensive oberirdische Erkundungen. Am Ende sollen sich zwei, vielleicht auch ein paar mehr Standorte herauskristallisiert haben.

Die Favoriten werden nun auch akribisch unterirdisch erkundet. Verfahren: Alle Zwischenergebnisse müssen vom Bundestag abgesegnet werden. Die Standortentscheidung ist für 2031 geplant.

Ein unabhängiges nationales Begleitgremium überwacht die ganze Zeit, dass das Verfahren korrekt läuft. Der frühere Ministerpräsident Günther Beckstein sitzt

in der Runde mit am Tisch. Die öffentlichen Beteiligungstermine sind nach seinen Worten bisher trotz Corona „überraschend gut gelaufen“, zieht er als Zwischenfazit. Ein Manko ist für ihn jedoch, dass sich bei aktuell noch 54 Prozent geeigneter Flächen in ganz Deutschland keine „echte Betroffenheit“ der Bürger einstellt und das öffentliche Interesse eher auf Sparflamme kocht.

Ungewissheit bleibt

Auch die Zeitschiene spielt eine Rolle. Beckstein rechnet damit, dass es allein „Minimum eineinhalb bis zwei Jahre“ dauert, bis die Liste der rund zehn Standorte für die oberirdische Erkundung steht, die dann nur mehr rund zehn Prozent der Fläche Deutschlands umfassen soll. Die **BGE** spricht selbst von „einigen wenigen Jahren“. Wie lange die Ostbayern zittern müssen, bleibt also völlig unklar. Auch Beckstein wagt keine Prognose. „Im Moment kann ich wirklich noch nicht sagen, welche Gebiete rausfallen oder drinbleiben.“ Erst 2031 wird feststehen, wo wirklich gebaut wird - so jedenfalls der offizielle Zeitplan.